

100 Jahre Bauhaus

1919 wurde in Weimar das Staatliche Bauhaus gegründet

Was redet ihr hier von einem Heimwerkermarkt?«, fragte mich der verdutzte Mithörer eines Gesprächs mit einer Freundin, der ich von den Thüringer Aktivitäten rund um das Bauhaus-Jubiläum erzählte. Bauhaus, nur ein Heimwerkermarkt? Nun könnte man die Frage durchaus philosophisch zu beantworten versuchen, den unwissenden Mithörer entweder ignorieren oder ihm seine Unkenntnis vorwerfen - oder aber, ganz im Sinne der vielschichtigen Angebote zu 100 Jahren Bauhaus im Jahr 2019, ihn nach Thüringen einladen. Schließlich wird bei einer Google-Suche nach »Bauhaus« tatsächlich zuallererst die Heimwerkermarkt-Kette angezeigt und erst nach einigem Suchen kommt man zu einer Erklärung zu Walter Gropius und seiner 1919 in Weimar gegründeten Kunstschule, die sich - trotz nur 14 Jahre andauernder Existenz - zum Kultur-Export-schlager des 20. Jahrhunderts entwickelt hat und bis heute nichts an Strahlkraft verloren hat. Wie auch, wenn ganze Städte wie zum Beispiel Chicago ihre Silhouette dem Bauhaus verdanken.

KATJA MITTELDORF

Ich entschied mich also für letzteres. Gerade weil der Mithörer offenbar die perfekte Zielgruppe für eine Einladung zur Wiege des Bauhauses ist. Dabei kann und muss Weimar Ausgangspunkt sein, der aber für überall in Thüringen Anknüpfungspunkte bietet.

Dass im Freistaat 2019 der Neubau eines Museums zu Ehren des Bauhauses eröffnet wird und wir damit in die Lage versetzt werden, den

Schatz dieser sozialen und kulturellen Bewegung zu präsentieren, ist allenfalls ein Höhepunkt von vielen. Die Frage nach der Bedeutung des Bauhauses für unsere heutige Zeit

nalsozialisten das Bauhaus erfolgreich bekämpfen konnten, sind heute nicht meilenweit weg - ganz im Gegenteil. Umso mehr schmerzt der Sieg des Heimwer-



Foto: © Moonglow / pixabay.com

bettet sich schon jetzt in das Themenjahr »Industriekultur und soziale Bewegungen« ein. Überhaupt bietet das Bauhaus die Möglichkeit, sich heutige Fragen dazu aus verschiedenen Perspektiven zu stellen - gerade wenn wir in einer Gesellschaft leben, in der die Frage »Wie wollen wir leben?« wieder existentiell wird. Die gesellschaftlichen Umbrüche, die damals dazu führten, dass die Natio-

nermarkt im Internet gegenüber der wirklich lesenswerten, allumfassenden Internetseite »www.bauhaus100.de« zu 100 Jahren Bauhaus. Aber wer weiß: Vielleicht lädt dieses Gründungsjubiläum ja auch zu einer digitalen Bewegung ein. Der unwissende Mithörer von neulich hat jedenfalls schon mal auf die richtige Bauhaus-Seite geklickt.

» BAföG-Reform

Rot-Rot-Grün will mit einer Bundesratsinitiative die finanziellen Bedingungen von Studierenden verbessern und den Kreis der BAföG-Empfängenden wieder vergrößern. Der hochschulpolitische Sprecher der Linksfraktion Christian Schaft erklärt: »Das BAföG muss grundlegend reformiert werden. Als wichtige Säule zur Schaffung von Bildungsgerechtigkeit müssen die Fördersatz und Freibeträge angehoben und dynamisiert werden. Die Ausbildungsförderung muss sich an der Lebensrealität der Studierenden orientieren. Altersgrenzen und die Koppelung an starre Fristen der Regelstudienzeit müssen auf den Prüfstand.«

» Freier Sonntag

Die »Thüringer Allianz für den freien Sonntag« wird von Ina Leukefeld, Sprecherin für Arbeitspolitik der Thüringer Linksfraktion, unterstützt: »In den letzten Jahren ist die Zahl derjenigen, die auch an Sonn- und Feiertagen arbeiten, stark gestiegen. Nachweislich belastet eine immer größere Flexibilisierung der Arbeitszeit die Gesundheit der Beschäftigten wie auch deren soziale Beziehungen und deren persönliches Umfeld.« Das Bündnis ist eine Initiative unter anderem der Gewerkschaft ver.di und der Kirchen. Leukefeld sagte: »Ich unterstütze die Allianz, weil ich die Sieben-Tage-Geschäftigkeit ablehne und für Entschleunigung und Ruhe eintrete.«

» Gebietsreform

»Es ist nicht überraschend, dass der Landesrechnungshof in seinem Bericht zur überörtlichen Kommunalprüfung die Notwendigkeit der Gebietsreform erneut bestätigte. Aufgrund der Kleingliedrigkeit können viele Kommunen nicht mehr die Aufgaben in ganzer Breite fachlich korrekt erfüllen. Die Folgen sind flächendeckende Verstöße gegen Vorgaben des kommunalen Haushalts- und Vergaberechts«, sagt Frank Kuschel, Sprecher für Kommunalpolitik der Linksfraktion im Landtag. Auch mit den Herausforderungen der Digitalisierung seien viele Kommunalverwaltungen überfordert. Dies bestätigt die Feststellung der LINKEN, dass Reform- und Handlungsbedarf besteht.«

§219a streichen!

Im Februar 2018 diskutierte der Bundestag die Reform des Paragraphen 219a, der die Information über Abtreibung verbietet. DIE LINKE, GRÜNE und FDP warben für eine Neuregelung, die das Verbot aufheben oder zumindest einschränken soll. Eigentlich unterstützt das auch die SPD. Eine Mehrheit gegen die CDU/CSU und AfD wäre möglich. Doch die SPD verweigerte am Ende der Änderung ihre Zustimmung.

»Es ist längst überfällig, den Paragraphen 219a aus dem Strafgesetzbuch zu streichen. Er beschneidet das Informationsrecht von Frauen und ist nicht mehr zeitgemäß«, sagte Cornelia Möhring, frauenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag. Auch Karola Stange, Sprecherin für Soziales, Gleichstellung und Behindertenpolitik der Thüringer Linksfraktion, und Martina Renner, Erfurter LINKE-Bundestagsabgeordnete, erklärten: »Die Aktivitäten von AbtreibungsgegnerInnen Anzeigen auf Grund des Paragraphen 219a zu stellen, führt zu einer beunruhigenden Situation für ÄrztInnen und Beratungsstellen. Sie trägt auch zu einer Verunsicherung von Frauen bei, die einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen wollen und beschränkt sie in ihrer Selbstbestimmung, dem Recht auf freie ÄrztInnenwahl und ihrem Informationsrecht.«



Foto: © Linksfraktion

Stange und Renner unterstützen den Gesetzentwurf der LINKEN: »Die Selbstbestimmung der Frauen über ihren Körper und ihre Lebensführung sind Menschenrechte. Der Paragraph 219a muss gestrichen werden. Dann kann die derzeitige widersprüchliche Rechtslage zwischen dem Vornehmen eines Schwangerschaftsabbruchs und der Information darüber aufgelöst werden. So wird Rechtssicherheit für ÄrztInnen und Beratungsstellen geschaffen, wodurch Schwangere die medizinische Beratung und Information erhalten können, die sie in ihrer Selbstbestimmung unterstützen.«